

Die Diplomatie lebt

Im Atomstreit mit Iran sind noch lange nicht alle Kompromiss-Möglichkeiten ausgeschöpft

Der Ton wird rauer. Die iranischen Atompläne werden nun den UN-Sicherheitsrat beschäftigen. Doch Krieg bedeutet das noch lange nicht. Vieles hängt von der Attraktivität eines Angebots an Teheran ab.

VOLKER PERTHES UND EVA WEGNER



Atomanlage bei Isfahan (dpa)

Seit dem Beschluss der Internationalen Atomenergiebehörde am 4. Februar, dem Sicherheitsrat über Iran zu berichten, hat sich der Umgangston verschärft. Iran nimmt die Urananreicherung wieder auf; Präsident Ahmadinedschad droht mit dem Austritt aus dem Atomwaffensperrvertrag; die deutsche Kanzlerin warnt vor Appeasement, und die SPD führt eine Phantomdiskussion über die Sinnhaftigkeit, sich eine militärische Option vorzubehalten. Diese Entwicklungen stehen für den Beginn einer Phase beidseitig "robusterer Diplomatie" im Streit Irans mit der internationalen Gemeinschaft.

Dazu gehört, dass der Atomstreit im März wohl tatsächlich an den Sicherheitsrat übertragen wird, wenn IAEA-Chef El Baradei seinen Bericht über das iranische Atomprogramm vorlegt. Dies ist nun allerdings gerade nicht - wie es in iranischen und auch in westlichen Medien gelegentlich heißt - der Weg zu einer militärischen Konfrontation. Selbst die US-Regierung spricht nur davon, dass "keine Option ausgeschlossen" ist, tut dies einigermaßen widerwillig und bemüht sich eher, den mühsam erreichten internationalen Konsens aufrechtzuerhalten. Tatsächlich besteht die Gefahr einer Militarisierung des Denkens (Steinmeier) und der Politik vor allem, wenn man nicht bereit ist, alle diplomatischen Instrumente zu nutzen.

Diplomatie bedeutet nicht nur freundliches, unverbindliches Gespräch. Der Sicherheitsrat wird das Dossier unter Kapitel VII der UN-Charta behandeln, das sich mit Bedrohungen des Weltfriedens befasst. Hier steht ihm ein breites Bündel an Maßnahmen zur Verfügung, die, abhängig von iranischer Reaktion und Konsensfähigkeit der fünf ständigen Sicherheitsratsmitglieder, von Empfehlungen bis zu Sanktionen reichen können.

Die russische Karte

Einleitend dürfte der Rat Iran auffordern, die Urananreicherung aufzugeben und die Kontrolleure wieder ins Land zu lassen. Als nächstes könnte er Iran und einer Reihe von Staaten den Auftrag geben, innerhalb einer bestimmten Frist eine Lösung zu verhandeln, die "objektive Garantien" für eine rein zivile Nutzung iranischer Atomanlagen erbringt. Er könnte ferner auch die Eckpunkte einer solchen Lösung beschreiben - im Kern die Einigung darauf, dass Iran für einen festgelegten aber erneuerbaren Zeitraum freiwillig auf die Anreicherung zugunsten von Forschung und Produktion im Rahmen eines internationalen Konsortiums verzichtet. Dies ist im Grunde auch der Inhalt des russischen Vorschlags. Interessanter für die Iraner, und wenn es wirklich um friedliche Atomforschung geht auch denkbar, wäre allerdings eine Beteiligung westlicher Gemeinschaftsunternehmen, etwa der britisch-niederländisch-deutschen Urenco.

Die Frage möglicher Wirtschaftssanktionen steht erst auf der Tagesordnung, wenn Teheran diese Angebote ablehnen sollte. So sehr man sich bewusst sein muss, dass die Erfolgsbilanz von Sanktionen nicht rosig ist, dass es schwierig sein wird, China und Russland dafür zu gewinnen, dass Sanktionen erhebliche Konsequenzen für den Ölmarkt haben würden und dass über ihre Form und Wirkung auf die iranischen Eliten und Bevölkerung sehr genau nachzudenken sein wird, wäre es unsinnig sie auszuschließen. Die internationale Gemeinschaft wird schon glaubhaft signalisieren müssen, dass sie für das Ziel, einen nuklearen Rüstungswettlauf im Nahen und Mittleren Osten zu verhindern, einen dreistelligen Ölpreis zu tolerieren bereit wäre.

Die Autoren

Dr. Volker Perthes ist Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik. Sein jüngstes Buch "Orientalische Promenaden. Der Nahe und Mittlere Osten im Umbruch" ist soeben beim Siedler Verlag erschienen.

Eva Wegner hat am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz zum Thema der politischen Integration islamistischer Bewegungen promoviert und ist seit kurzem wissenschaftliche Assistentin von Volker Perthes. aud

Fraktionen in Teheran

Ungeachtet der Ergebnisse der kommenden russisch-iranischen Gespräche und der Beratungen im Sicherheitsrat - also über die Frage, wer wo unter wessen Aufsicht anreichert, hinaus - wird eine langfristige und stabile Lösung der iranischen Atomfrage von der Kompromissbereitschaft Irans, aber auch von der Attraktivität eines möglichen Deals mit Iran abhängen. Hier müssen wir uns noch einmal fragen, warum die Gespräche der EU-3 (Frankreich, Großbritannien, Deutschland, d. Red.) mit Iran gescheitert sind. Nicht, weil die iranische Führungselite insgesamt auf den Erwerb "der Bombe" zustrebt. Realistischer ist die Annahme, dass die unterschiedlichen Fraktionen in Teheran auch Unterschiedliches wollen: die einen, verkürzt gesagt, wollen die Kernenergie zu friedlichen Zwecken, die anderen steuern zumindest auf die Option einer militärischen Nutzbarkeit zu. Einigkeit besteht dagegen im Interesse an technologischem Fortschritt, der Anerkennung als regionale Führungsmacht und nicht zuletzt Sicherheitsgarantien für das Land und sein Regime. Die EU-3 können technischen Fortschritt und Anerkennung liefern; Sicherheitsgarantien, selbst indirekte, kann es nur geben, wenn auch die USA dabei sind.

Denkbar wäre dies im Zusammenhang des graduellen Aufbaus einer Sicherheitsarchitektur für die Golfregion, an der alle Anrainerstaaten und die fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats zu beteiligen wären. Die Agenda könnte mit "sanften" Themen beginnen - maritimer Umweltschutz, Frühwarnung bei Havarien - muss mittelfristig aber Themen wie Atomwaffenfreiheit und die gegenseitige Zusage, nicht auf gewaltsamen Regimewechsel bei anderen Teilnehmern hinzuarbeiten, enthalten. Die arabischen Golfstaaten würden sich mittlerweile - anders als noch vor fünf oder zehn Jahren - selbst ohne eine Denuklearisierung Israels dafür gewinnen lassen.

